

Allgemeine Vertragsbestimmungen für Planungsleistungen

(AVP)

Evonik Industries AG, Essen
Stand: 28.07.2008

Inhaltsverzeichnis

1. Vertragsprogramm	- 4 -
2. Definitionen	- 4 -
3. Vertragsgrundlagen	- 4 -
3.1 Allgemeines	- 4 -
3.2 Reihenfolge	- 4 -
4. Leistungspflichten	- 5 -
4.1 Grundsatz	- 5 -
4.2 Herstellen der Unterlagen	- 5 -
4.3 Übergabe von Unterlagen	- 5 -
4.4 Zurückbehaltung	- 5 -
4.5 Abtretungsverbot	- 5 -
4.6 Fremdunterlagen	- 6 -
4.7 Schnittstellen	- 6 -
4.8 Prüfrecht	- 6 -
5. Weitere Vertragspflichten des AN	- 6 -
5.1 Besprechungen	- 6 -
5.2 Interessenwahrnehmung, Vollmacht	- 6 -
5.3 Unterstützung bei Auseinandersetzungen	- 6 -
5.4 Rückgabe von Berechtigungsausweisen	- 6 -
5.5 Sicherheitsvorschriften	- 6 -
6. Änderungen und Zusatzleistungen	- 7 -
6.1 Änderung der Planung	- 7 -
6.2 Terminsicherung	- 7 -
6.3 Schriftlichkeit	- 7 -
6.4 Vergütung der Zusatzleistungen	- 7 -
7. Vergütung des AN	- 7 -
7.1 Grundsatz	- 7 -
7.2 Fälligkeit	- 7 -
8. Fristen und Termine	- 7 -
8.1 Verantwortlichkeit	- 8 -
8.2 Vertragsstrafe	- 8 -
9. Personal	- 8 -
9.1 AG	- 8 -
9.2 AN	- 8 -
10. Unterverträge und Arbeitsgemeinschaft	- 9 -
10.1 Unterverträge	- 9 -
10.2 Arbeitsgemeinschaft	- 9 -
11. Kündigung, Rücktritt	- 9 -
11.1 Allgemeines	- 9 -
11.2 Abwicklung nach außerordentlicher Kündigung	- 9 -
11.3 Eintrittsrecht des AG	- 10 -
12. Mängelhaftung und Schadenersatz	- 10 -
12.1 Grundsatz Mängelhaftung	- 10 -
12.2 Verjährungsfrist	- 10 -
12.3 Mitwirkung des AG	- 10 -
12.4 Schiedsgutachter	- 11 -
13. Versicherungen	- 11 -
13.1 Versicherungsumfang	- 11 -
13.2 Nachweis der Versicherung	- 11 -
14. Urheberrecht, Patente, Schutzrechte	- 12 -
14.1 Nutzungsrechte an der Planungsleistung	- 12 -
14.2 Rechte Dritter, Patente und sonstige Schutzrechte	- 12 -
15. Geheimhaltung	- 12 -
15.1 Grundsatz	- 12 -
15.2 Einbeziehung Dritter	- 12 -
15.3 Datenschutz, Datenaustausch	- 13 -
15.4 Pauschalierter Schadenersatz	- 13 -
16. Vertragssprache	- 13 -

17. Anwendbares Recht	- 13 -
18. Gerichtsstand	- 13 -
19. Änderungen, Wirksamkeit	- 14 -
20. Salvatorische Klausel	- 14 -

1. Vertragsprogramm

Gegenstand der **Bestellung** sind Planungsleistungen für die Entwicklung, Herstellung, Errichtung, Erprobung, Inbetriebnahme und Instandhaltung des in der **Bestellung** beschriebenen **Vorhabens**.

2 . Definitionen

Die in diesen AVP verwendeten Begriffe bedeuten:

- **AG:** Auftraggeber
- **AN:** Auftragnehmer
- **Arbeitsunterlagen:** Vom **AN** zu beachtende projektunabhängige Arbeitsvorgaben des **AG**, insbesondere Werknormunterlagen, die aus Richtlinien (RL), Werknormen (WN)/Standards und Formblättern (FB) bestehen können.
- **Bestellung:** Schriftlicher Individualauftrag nebst sämtlichen Anlagen, Änderungen, Ergänzungen und Nachträgen.
- **Beteiligter:** Jeder, der zwecks Erfüllung von Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Herstellung der bestellten Anlage entweder als Unterauftragnehmer des **AN** oder als weiterer Auftragnehmer des **AG** mit beauftragt ist.
- **Termingerecht:** Eine Leistung gilt dann als **termingerecht**, wenn sie dem **AG** zum vereinbarten Termin sachlich vorliegt und vollständig, sachlich richtig sowie insgesamt vertragsgemäß beschaffen ist.
- **Vorhaben:** Neubau oder Änderungen von Industrieanlagen oder sonstiger Bauten.

3. Vertragsgrundlagen

3.1 Allgemeines

Soweit nichts anders schriftlich vereinbart, gelten diese AVP ausschließlich. Entgegenstehende oder zusätzliche Bedingungen des AN binden den AG auch dann nicht, wenn er diesen nicht ausdrücklich widerspricht oder Leistungen des AN vorbehaltlos entgegennimmt.

3.2 Reihenfolge

Für die Erbringung der Leistungen durch den AN sind - bei Widersprüchen nachrangig in der nachstehenden Reihenfolge - maßgebend:

- die Bestimmungen der Bestellung,
- die dem AN ausgehändigten Arbeitsunterlagen,
- die Regelungen dieser AVP,
- die allgemein anerkannten Regeln der Technik,

- die einschlägigen Gesetze und Vorschriften für die Ausführung von Ingenieurleistungen, insbesondere die Vorschriften des Werkvertrages, und sonstige gesetzliche Bestimmungen.

4. Leistungspflichten

4.1 Grundsatz

Der **AN** schuldet alle Planungsleistungen, die für die Realisierung der bestellten Leistungen erforderlich werden. Sollten die **Bestellung** und/oder die ausgehändigten **Arbeitsunterlagen** lückenhaft sein und einzelne Leistungen nicht enthalten, die für die vertragsgemäße Erfüllung gleichwohl erforderlich sind, gelten diese Leistungen als in der **Bestellung** mitbeauftragt (= im Leistungsumfang enthalten).

4.2 Herstellen der Unterlagen

Der **AN** hat alle Planungsleistungen, insbesondere die von ihm zu erstellenden Unterlagen und Berechnungen vollständig und sachlich richtig zu erbringen. Sie müssen für die Durchführung des geplanten **Vorhabens**, dessen wirtschaftliche Ausführung und einen wirtschaftlichen Betrieb geeignet sein, unter besonderer Berücksichtigung der Kriterien einer einfachen Bedienung und Wartung. Der **AN** hat darüber hinaus die zur Erfüllung seiner Planungsleistungen notwendigen Angaben z.B. anhand eines Revisionsverzeichnisses vollständig und nachvollziehbar darzustellen, so dass dem **AG** eine Qualitäts- und Quantitätskontrolle möglich ist.

4.3 Übergabe von Unterlagen

Der **AN** ist verpflichtet, sämtliche das **Vorhaben** betreffende Pläne und alle sonstigen, von ihm im Zuge seiner Tätigkeit erstellten oder erhaltenen Unterlagen (z. B. Berechnungen, Leistungsverzeichnisse, Prüfbescheide, Gutachten, Gebrauchsanweisungen, Protokolle etc.) dem **AG** jederzeit auf Verlangen zu übergeben. Der **AG** erwirbt mit der Übergabe dieser Pläne und Unterlagen Eigentum daran.

Der **AN** hat alle Unterlagen an den vorgesehenen Stellen mit Datum, Bearbeitungs- und Prüfvermerk zu versehen. Als bearbeitende Abteilung ist die Kurzbezeichnung der Firma des **AN** anzugeben.

Der **AN** verpflichtet sich, alle Planungsunterlagen, Zeichnungen, Spezifikationen, für den **AG** erstellte DV-Programme/-Programmteile und sonstige Unterlagen und Dateien dem **AG** ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung zu stellen. Dateien werden zusätzlich auf Datenträger übergeben. Für die Datenformate gelten die in der **Bestellung** gemachten Angaben.

4.4 Zurückbehaltung

Ein Zurückbehaltungsrecht des **AN** - gleich aus welchem Rechtsgrund - an den nach § 4.3 AVP zu übergabenden Unterlagen ist ausgeschlossen.

4.5 Abtretungsverbot

Abtretungen des **AN** außerhalb des Anwendungsbereichs des § 354 a HGB sind ausgeschlossen; Ausnahmen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung des **AG**.

4.6 Fremdunterlagen

Planungs- und sonstige Unterlagen des **AG** und anderer **Beteiligter** hat der **AN** verantwortlich zu prüfen, soweit sie für die Erfüllung der **Bestellung** von Bedeutung sind. Auf Weisung des **AG** hat er diese Unterlagen für seine eigenen Leistungen zu verwenden. Der **AN** ist verpflichtet, Bedenken unverzüglich schriftlich mitzuteilen, seine Lösungsvorschläge beizufügen sowie bei der Beseitigung von Defiziten in diesen Unterlagen mitzuwirken.

4.7 Schnittstellen

Der **AN** wird Schnittstellen seiner Leistungen mit den Leistungen des **AG** und anderer **Beteiligter** abstimmen.

4.8 Prüfrecht

Der **AG** ist jederzeit zur Prüfung der Leistungen des **AN** sowie der Leistungen anderer **Beteiligter** berechtigt. Er hat Anspruch auf Einsichtnahme in alle das **Vorhaben** betreffenden Unterlagen sowie auf deren Erläuterung durch den **AN**.

Der **AN** trägt dafür Sorge, dass von ihm eingesetzte Unterbeauftragte dem **AG** ein entsprechendes Prüfungsrecht einräumen.

5. Weitere Vertragspflichten des AN

5.1 Besprechungen

Besprechungen zwischen **AN** und **AG** sind im allgemeinen beim **AG** durchzuführen. Ausnahmen hiervon können in beiderseitigem Einvernehmen verabredet werden oder sich aus sachlichen Gründen (z. B. Modellabnahme) ergeben. Besprechungsprotokolle führt der **AN**.

5.2 Interessenwahrnehmung, Vollmacht

Der **AN** ist im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen zur Wahrung der Rechte und Interessen des **AG** berechtigt und verpflichtet. Er ist nicht befugt, vertragliche, insbesondere mit finanziellen Leistungen verbundene Verpflichtungen für den **AG** einzugehen. Der **AN** ist im Besonderen nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des **AG** im Namen und für Rechnung des **AG** Dritte einzuschalten und/oder Aufträge/Zusatzaufträge an **Beteiligte** zu vergeben.

5.3 Unterstützung bei Auseinandersetzungen

Der **AN** verpflichtet sich zur Unterstützung des **AG** in vorgerichtlichen und prozessualen Auseinandersetzungen mit **Beteiligten** oder Dritten. Diese Verpflichtung gilt auch nach vollständiger Erbringung aller Leistungen.

5.4 Rückgabe von Berechtigungsausweisen

Der **AN** hat sicherzustellen, dass bei Ausscheiden eines Mitarbeiters aus seiner Firma die vom **AG** ausgestellten Fremdfirmen-Ausweise und etwaige Berechtigungen (z. B. Ausgangsscheine) zur Mitnahme von Zeichnungen und schriftlichen Unterlagen des **AG** unverzüglich an den **AG** zurückgegeben werden.

5.5 Sicherheitsvorschriften

Sofern der AN zur Erbringung seiner Leistungen in Werken/Anlagen des AG tätig wird, trägt der AN dafür Sorge, dass die gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen zur Unfallverhütung sowie der standort- und/oder anlagenspezifisch vom AG erlassenen Sicherheitsvorschriften sowie alle sonstigen Richtlinien des Gewerbeaufsichtsamts, der Berufsgenossenschaft usw. eingehalten werden.

6. Änderungen und Zusatzleistungen

6.1 Änderung der Planung

Soweit der **AG** plant, Änderungen oder vertraglich nicht vorgesehene Leistungen (zusammen "Zusatzleistungen") in Auftrag zu geben, hat der **AN** dem **AG** hierzu unverzüglich auf Anforderung des **AG** ein schriftliches Angebot einschließlich der Höhe der für die Zusatzleistungen vorgesehenen Vergütung vorzulegen. Die Ausführung der Zusatzleistungen durch den **AN** darf erst nach schriftlicher Annahme des Angebotes durch den **AG** erfolgen. Die Erstellung der Angebote für Zusatzleistungen ist für den **AG** kostenlos.

6.2 Terminsicherung

Ist mit Zusatzleistungen eine Verlängerung der Termine verbunden, hat der **AN** dies in seinem Angebot gemäß § 6.1 AVP anzuzeigen. Diese Anzeige ist anspruchsbegründende Voraussetzung für eine Terminverlängerung.

6.3 Schriftlichkeit

Über die Ausführung von Zusatzleistungen werden schriftliche Vereinbarungen getroffen. Sofern diese im Einzelfall nicht zustande kommen, gleich aus welchem Grund, ist der **AN** zur Ausführung verpflichtet, sofern der **AG** dies schriftlich anordnet und dem keine berechtigten Interessen des **AN** entgegenstehen, zum Beispiel der Betrieb des **AN** auf derartige Leistungen nicht eingerichtet ist.

6.4 Vergütung der Zusatzleistungen

Falls zwischen **AG** und **AN** nicht anders vereinbart, wird die Vergütung für Zusatzleistungen auf der Grundlage der Vergütung für die **Bestellung**, d.h. insbesondere auf der gleichen Preisbasis und mit dem gleichen Preisnachlass, festgelegt.

7. Vergütung des AN

7.1 Grundsatz

Die Vergütung des **AN** ist in der **Bestellung** geregelt. Ist darin nichts anderes schriftlich vereinbart, erfasst die vereinbarte Vergütung alle in der **Bestellung** und in diesen AVP genannten Leistungen inklusive aller Nebenkosten.

7.2 Fälligkeit

Die Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen netto zahlbar nachdem die Leistungen gemäß **Bestellung** und diesen AVP vollständig erbracht sind und dem **AG** eine prüffähige Rechnung vorliegt wurde. Eine durch den **AG** vorgenommene Zahlung beinhaltet keinen Gutbefund der vom **AN** erbrachten Leistungen.

8. Fristen und Termine

8.1 Verantwortlichkeit

- 8.1.1 Es gilt der Terminplan gemäß **Bestellung**/Anlage zur **Bestellung**. Für dessen Einhaltung und Kontrolle ist der **AN** verantwortlich. Er hat für eine reibungslose Koordination seiner Leistung und der Leistungen seiner Unterbeauftragten zu sorgen und seine Tätigkeit danach auszurichten. Insbesondere hat der **AN** dafür zu sorgen, dass die Planungsunterlagen dem **AG** zum vereinbarten Termin **termingerecht** vorliegen. Mangels Terminplan sind die Arbeiten unverzüglich auszuführen.
- 8.1.2 Bei sich abzeichnenden Terminverzögerungen wird der **AN** den **AG** hierüber unverzüglich schriftlich mit Nennung der Gründe, des neuen Termins und der für die weitestgehende Abkürzung der Verzögerung ergriffenen Maßnahmen informieren.

8.2 Vertragsstrafe

- 8.2.1 Wird der Terminplan aus Gründen, die der **AN** zu vertreten hat, nicht eingehalten, so ist der **AG** berechtigt, vom **AN** die in der **Bestellung** vertraglich vereinbarte Vertragsstrafe zu fordern oder einzubehalten. Die Vertragsstrafe wird auch fällig, wenn zu den einzelnen Terminen lediglich mangelhafte oder unvollständige Leistungen vorliegen.
- 8.2.2 Sonstige Ansprüche des **AG** wegen Verzugs des **AN** bleiben unberührt wobei die eventuell verwirkte Vertragsstrafe angerechnet wird.
- 8.2.3 Der Vorbehalt der Vertragsstrafe kann in Abänderung von Paragraph 341 Abs.3 BGB bis 2 Wochen nach Eingang der Schlußrechnung beim **AG** erklärt werden.

9. Personal

9.1 AG

Der **AG** benennt dem **AN** in der **Bestellung** eine oder mehrere Person(en) als Ansprechpartner, der/die für die Abwicklung der **Bestellung** zuständig ist/sind. Dieser Personenkreis wird in der **Bestellung** in der Regel als Beauftragter bezeichnet. Dies beinhaltet nicht das Recht dieses Personenkreises, den **AG** rechtsgeschäftlich zu vertreten und vertragsändernde Erklärungen für den **AG** abzugeben.

9.2 AN

- 9.2.1 Der **AN** benennt dem **AG** einen Beauftragten bzw. Ansprechpartner, der für die Übermittlung aller erforderlichen Informationen verantwortlich ist und im Bedarfsfall für die Klärung und Entscheidung von Sachfragen ausreichend bevollmächtigt ist.
- 9.2.2 Der **AN** benennt dem **AG** auf Anforderung alle für die Erfüllung der **Bestellung** eingesetzten Mitarbeiter. Diese müssen mit den von dem **AN** übernommenen Leistungen bestens vertraut sein, die nötige Expertise besitzen und auf Anforderung des **AG** am Ort der Durchführung des **Vorhabens** sowie unverzüglich für jederzeitige Rückfragen des **AG** und anderer **Beteiligter** bis zur Inbetriebnahme/Abnahme des **Vorhabens** zur Verfügung stehen.
- 9.2.3 Der **AG** kann die Ablösung einzelner Mitarbeiter des **AN** verlangen, die er für nach Maßgabe der Anforderungen in § 9.2.2 AVP oder aus sonstigen wichtigen Gründen für ungeeignet hält. Der **AN** kann sich entgegen § 831 BGB nicht durch den Nachweis der ordnungsgemäßen Auswahl und Überwachung seiner Mitarbeiter von seiner Haftung für von ihm eingesetzte Mitarbeiter befreien.
- 9.2.4 Der **AN** hat die von ihm eingesetzten Mitarbeiter dazu zu verpflichten, sämtliche in der **Bestellung** und den AVP enthaltene Vorgaben, insbesondere die Geheimhaltungspflicht (§ 15 AVP), strikt zu beachten.

10. Unterverträge und Arbeitsgemeinschaft

10.1 Unterverträge

- 10.1.1 Der **AN** darf zur Ausführung der **Bestellung** und der AVP (im ganzen oder teilweise) **Beteiligte** und/oder Dritte nur mit schriftlicher Einwilligung des **AG** unterbeauftragen. Der **AG** ist in seiner Entscheidung frei, ob er die Einwilligung erteilt.
- 10.1.2 Der **AN** stellt sicher, dass bei seinen Unterbeauftragten und deren Mitarbeitern die ordnungsgemäße Begründung von Arbeitnehmerverhältnissen einschließlich der sozialversicherungsrechtlichen Meldungen gegeben ist.
- 10.1.3 Der **AN** kann sich entgegen § 831 BGB nicht durch den Nachweis der ordnungsgemäßen Auswahl und Überwachung seiner Unterauftragnehmer von der Haftung für diese befreien.

10.2 Arbeitsgemeinschaft

- 10.2.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft **AN** ist, ist diese verpflichtet, bei der Beauftragung dem **AG** schriftlich ein Mitglied zu benennen, das die Federführung übernimmt. Benennt sie ein solches Mitglied nicht, so ist das Mitglied federführend, das der **AG** bestimmt. Das durch den **AN** bzw. den **AG** so benannte federführende Mitglied vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem **AG** gegenüber; Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem **AG** unwirksam.
- 10.2.2 Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- 10.2.3 Zahlungen werden mit befreiender Wirkung vom **AG** ausschließlich an das federführende Mitglied der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

11. Kündigung, Rücktritt

11.1 Allgemeines

Im Fall der Kündigung einer **Bestellung** durch den **AG** regelt sich die dem **AN** zustehende Vergütung unter Ausschluss der Bestimmungen des § 649 BGB nach § 645 Abs. 1 BGB; Aufwendungen für künftige Teilleistungen werden dem **AN** jedoch angemessen erstattet.

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bzw. zum Rücktritt bei Störung der Geschäftsgrundlage oder Vorliegen eines wichtigen Grundes bleibt unberührt. Als Störung der Geschäftsgrundlage bzw. wichtiger Grund gilt insbesondere auch die Beantragung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des **AN** oder bei Arbeitsgemeinschaften eines Mitglieds des **AN**.

11.2 Abwicklung nach außerordentlicher Kündigung

- 11.2.1 Wird aus einem wichtigem Grund gekündigt, den der **AN** nicht zu vertreten hat, so steht dem **AN** das anteilige Honorar für die bis zum Kündigungszeitpunkt erbrachte Leistung zu, wenn die Leistung ordnungsgemäß ist und der **AG** sie objektiv verwerten kann. Teilleistungen müssen außerdem in sich abgeschlossen sein. Weitergehende Vergütungsansprüche sind ausgeschlossen. Schadensersatzansprüche des **AG** bleiben unberührt.
- 11.2.2 In allen anderen Fällen der außerordentlichen Kündigung steht dem **AN** für die bis zum Zeitpunkt der Kündigung erbrachten Leistungen das anteilige Honorar zu. Weitere Ansprüche des **AN** sind

ausgeschlossen, es sei denn, der **AG** hat vorsätzlich gehandelt oder grob fahrlässig gegen Kardinalpflichten dieses Vertrages verstoßen.

11.3 Eintrittsrecht des AG

Für den Fall einer Kündigung ist der **AG** berechtigt, aber nicht verpflichtet, anstelle des **AN** in dessen Verträge (auch in einzelne) mit seinen Unterauftragnehmern einzutreten. Der **AN** verpflichtet sich, mit den von ihm beauftragten **Beteiligten** zu vereinbaren, dass der **AG** im Falle einer Kündigung der **Bestellung** das Recht hat, durch schriftliche Erklärung gegenüber den jeweiligen **Beteiligten** anstelle des **AN** in den jeweiligen zugrundeliegenden Vertrag einzutreten.

12. Mängelhaftung und Schadenersatz

12.1 Grundsatz Mängelhaftung

12.1.1 Der **AN** gewährleistet, dass er seine Leistungen in Übereinstimmung mit den Vertragsgrundlagen (§ 3 AVP) erbringt, und zwar bezogen auf den Zeitpunkt der Abnahme seiner Leistung.

12.1.2 Bei Mängeln kann der **AG** - neben den gesetzlich geregelten Ansprüchen und Rechten - verlangen, dass der **AN** die Nacherfüllung nach Wahl des **AG** durch Mangelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache für den **AG** kostenlos und unverzüglich vornimmt und dem **AG** sämtliche Aufwendungen ersetzt, die dem **AG** durch die Nacherfüllung entstanden sind. In dringenden Fällen oder nach vorheriger schriftlicher Abmahnung kann der **AG** die Beseitigung des Mangels auf Kosten des **AN** unverzüglich selbst vornehmen oder durch Dritte vornehmen lassen.

12.2 Verjährungsfrist

12.2.1 Sachmängelansprüche des **AG** verjähren fünf Jahre nach Abnahme der Leistungen durch den AG.

12.2.2 Für Rechtsmängel gilt § 14.2.1 AVP.

12.2.3 Außer in den gesetzlich vorgesehenen Fällen der Hemmung der Verjährung ist die Verjährung von Ansprüchen und Rechten bei Sach- und Rechtsmängeln auch während der zwischen Mängelrüge und Mängelbeseitigung liegenden Zeit gehemmt. Für ganz oder teilweise neu gelieferte, ersetzte oder nachgebesserte Leistungen beginnt die Verjährungsfrist nach § 12.2.1 bzw. § 14.2.1 AVP erneut.

12.3 Mitwirkung des AG

Die Haftung des **AN** wird durch eine etwaige Mitwirkung des **AG** bei der Vertragserfüllung durch den **AN** nicht eingeschränkt. Ausgenommen von dieser Regelung ist die Haftung für Mängel der Planung oder sonstige Schäden, die durch eine ausdrückliche Anweisung des **AG** verursacht wurden. Auf diese Ausnahmen kann sich der **AN** nur berufen, wenn er vorher seiner Hinweis- und Warnpflicht, insbesondere nach § 4.6 AVP, gegenüber dem **AG** genügt hat.

12.4 Schiedsgutachter

Wenn und soweit **AG** und **AN** vor oder nach Abnahme der Planungsleistung des **AN** über das Vorliegen von Mängeln oder fehlenden Leistungen, geeignete Art und/oder Aufwand von deren Beseitigung bzw. Herstellung und/oder die daraus resultierenden Minderungsansprüche des **AG** endgültig keine Einigung erzielen, bestimmt ein Schiedsgutachter dies bindend für die Parteien. Sollten sich die Parteien nicht auf einen Schiedsgutachter einigen können, ist jede Partei berechtigt, die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen zwecks Benennung eines öffentlich bestellten und vereidigten Anlagen-/Bau-sachverständigen als Schiedsrichter anzurufen. Die Kosten des Schiedsgutachters tragen beide Parteien zu gleichen Teilen.

13. Versicherungen

13.1 Versicherungsumfang

Der **AN** hat, sofern keine abweichenden Regelungen in der **Bestellung** vereinbart wurden, die folgenden Versicherungen mit einer Deckungssumme von EUR 2,5 Mio. pauschal jeweils für Personen-, Sach- und Vermögensschäden abzuschließen und zu unterhalten, wobei der Selbstbehalt des **AN** EUR 25.000 nicht überschreiten darf:

- 13.1.1 Betriebs-, Produkt- und Umwelt-Haftpflichtversicherungen gemäß AHB einschließlich einschlägiger besonderer Bedingungen und Klauseln für Architekten und Ingenieure. Insbesondere ist mitzuversichern die Tätigkeit auf fremden Grundstücken, Bearbeitungs-, Tätigkeits- und Obhutschäden an fremden Sachen und Sachen des **AG**, die Teilnahme an Arbeits-, Liefer- und Leistungsgemeinschaften, ggf. Auslandsschäden (mit Ausnahme der Länder USA und Kanada), eine Aus- und Einbaukostendeckung gemäß Produkthaftpflichtmodell und Schäden durch Umwelteinwirkungen auf Boden, Luft oder Wasser.
- 13.1.2 Planungshaftpflichtversicherung, die sämtliche Ansprüche des **AG** abdeckt, die auf einer fehlerhaften Planung beruht, soweit dafür Versicherungsschutz im üblichen Rahmen erlangt werden kann.

13.2 Nachweis der Versicherung

Der **AN** hat den Abschluss der Versicherungen und die Zahlung der Prämien durch Vorlage einer Kopie der Versicherungspolizen nachzuweisen.

14. Urheberrecht, Patente, Schutzrechte

14.1 Nutzungsrechte an der Planungsleistung

Der **AN** überträgt dem **AG** das ausschließliche Nutzungsrecht an seinen Planungsleistungen einschließlich der danach ausgeführten **Vorhaben**. Der **AG** ist zur Vervielfältigung, Bearbeitung und Änderung der vom **AN** erhaltenen Pläne und Unterlagen sowie zur Veränderung des **Vorhabens** einschließlich deren Abbaues oder dessen Abrisses berechtigt.

14.2 Rechte Dritter, Patente und sonstige Schutzrechte

14.2.1 Der **AN** steht dafür ein, dass im Zusammenhang mit seiner Planungsleistung keine Rechte Dritter innerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder in dem vereinbarten Empfangsland verletzt werden. Wird der **AG** dieserhalb von einem Dritten in Anspruch genommen, ist der **AN** verpflichtet, den **AG** auf erstes Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen; der **AG** ist nicht berechtigt, mit dem Dritten - ohne Zustimmung des **AN** - irgendwelche Vereinbarungen zu treffen, insbesondere einen Vergleich abzuschließen. Die Freistellungspflicht des **AN** bezieht sich auf alle Aufwendungen, die dem **AG** aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.

14.2.2 Entstehen im Rahmen der Erfüllung einer **Bestellung** Erfindungen, deren Erfinder ganz oder teilweise der **AN** selbst und/oder Arbeitnehmer des **AN** sind, wird der **AN** dem **AG** dies unverzüglich schriftlich anzeigen.

14.2.3 Der **AN** wird auf Verlangen des **AG** Erfindungen oder Erfindungsanteile seiner Mitarbeiter nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen unbeschränkt in Anspruch nehmen und ebenso wie eigene Erfindungen oder Erfindungsteile in seinem eigenen Namen in den vom **AG** bezeichneten Ländern zum Schutzrecht anmelden. Der **AG** ersetzt dem **AN** in diesem Fall die Arbeitnehmer-Erfindervergütung nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und übernimmt die Kosten der Anmeldung.

14.2.4 An solchen Erfindungen oder Erfindungsteilen erwirbt der **AG** ein ausschließliches, frei übertragbares und unentgeltliches Nutzungsrecht, solange der **AG** die Kosten für die Aufrechterhaltung des betroffenen Schutzrechts übernimmt.

15. Geheimhaltung

15.1 Grundsatz

Der **AN** verpflichtet sich, alle im Zusammenhang mit der **Bestellung**, den AVP und der Planung und Durchführung des **Vorhabens** erhaltenen Informationen und Unterlagen unbefristet geheimzuhalten und ausschließlich für die Ausführung der **Bestellung** zu verwenden. Dies bezieht sich insbesondere, aber nicht nur, auf technische und sonstige Daten, Softwareprogramme, Messwerte, Technik- und Betriebsabläufe, Betriebserfahrungen, Know-how und Zeichnungen etc., sondern auch auf alle Informationen, die der **AG** als vertraulich bezeichnet oder die als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse erkennbar sind. Der **AG** kann bis zur Erfüllung der **Bestellung** durch den **AN** Informationen und Unterlagen als vertraulich bezeichnen.

15.2 Einbeziehung Dritter

15.2.1 Soweit es zur Ausführung der **Bestellung** und dieser AVP nicht erforderlich ist, macht der **AN** keine Aufzeichnungen und Mitteilungen, insbesondere nicht an Mitarbeiter, **Beteiligte**, Konzern- und Beteiligungsgesellschaften oder sonstige Dritte.

- 15.2.2 Eine Weitergabe von Informationen und Unterlagen an **Beteiligte**, Konzern- und Beteiligungsgesellschaften oder sonstige Dritte oder jede andere Art der Offenlegung bedarf der schriftlichen Zustimmung des **AG**.
- 15.2.3 Der **AN** verpflichtet sich bei Weitergabe von Informationen und Unterlagen an Mitarbeiter, **Beteiligte**, Konzern- und Beteiligungsgesellschaften oder sonstige Dritte diese zur Geheimhaltung in gleichem Umfang zu verpflichten, wie er selbst verpflichtet ist.
- 15.2.4 Alle vom **AG** körperlich übermittelten Informationen und Unterlagen hat der **AN** jederzeit nach entsprechender Aufforderung des **AG**, spätestens aber mit Erfüllung der **Bestellung**, zurückzugeben.

15.3 Datenschutz, Datenaustausch

Die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes, insbesondere zu § 5 BDSG, sind einzuhalten.

15.4 Pauschalierter Schadensersatz

Verstößt der **AN** gegen eine der in § 15 AVP enthaltenen Verpflichtungen, hat er einen Betrag von 5 % der jeweiligen Bestellsumme pro Verletzungsfall zu bezahlen. Ansprüche auf Ersatz eines höheren Schadens bleiben unberührt. Der **AN** ist berechtigt, nachzuweisen, dass kein oder ein wesentlich niedrigerer Schaden entstanden ist.

16. Vertragssprache

Die **Bestellung** und die AVP werden in Deutsch und/oder - nach Wahl des **AG** - in Englisch abgefasst. Bei Widersprüchen hat die deutsche Fassung Vorrang.

Der Schriftwechsel wird in Deutsch und/oder - nach Wahl des **AG** - in Englisch geführt.

Alle Zeichnungen, technischen Dokumente, Anlagen, Diagramme, Betriebs- und Wartungshandbücher, Kataloge, Spezifikationen, Normen und sonstige vom **AN** anzufertigenden oder zu beschaffenden Dokumente sind in Deutsch und/oder - nach Wahl des **AG** - in Englisch anzufertigen.

Soweit die in diesem § 16 genannten Dokumente nach Wahl des **AG** in Englisch anzufertigen sind, begründet dies keinen Anspruch des **AN** auf eine zusätzliche Vergütung.

17. Anwendbares Recht

Für alle Rechtsbeziehungen, die sich aus der **Bestellung**, den AVP und aus eventuellen Nebengeschäften ergeben, gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

18. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist ausschließlich der Sitz des **AG**, wenn der **AN** Kaufmann ist. Der **AG** ist daneben berechtigt, vor dem Gericht zu klagen, das am Sitz des **AN** zuständig ist.

19. Änderungen, Wirksamkeit

Änderungen und Ergänzungen der **Bestellung** sowie der AVP bedürfen der Schriftform. Auch dieses Schriftformerfordernis kann nur schriftlich abbedungen werden.

20. Salvatorische Klausel

Sofern eine Bestimmung der **Bestellung** oder der AVP unwirksam ist oder unwirksam wird, soll dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen im Zweifel nicht berührt werden. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirtschaftlich möglichst gleichwertige wirksame Bestimmung zu ersetzen.